
12246/AB XXIV. GP

Eingelangt am 07.09.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 W i e n

GZ. BMVIT-13.000/0013-I/PR3/2012
DVR:0000175

Wien, am . September 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Jarmer, Freundinnen und Freunde haben am 9. Juli 2012 unter der **Nr. 12495/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

- *Welche Maßnahmen wird Ihr Ressort im Jahr 2012 im Rahmen des NAP umsetzen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen sind in Ihrem Ressort für die Jahre 2013 und 2014 geplant?*

Der Vortrag samt dem Nationalen Aktionsplan des BMASK wurde am 24. Juli 2012 im Ministerrat beschlossen (siehe unter http://www.bmask.gv.at/site/Startseite/News/Umfassender_Aktionsplan_fuer_Menschen_mit_Behinderung).

Zu den Fragen 2 und 4:

- *In welchen Budgetposten sind diese Maßnahmen enthalten?*
- *Wie soll die Finanzierung dieser Maßnahmen sichergestellt werden?*

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Eine konkrete Aufteilung der Budgetposten ist nicht möglich, die Kosten werden aber im Rahmen des laufenden Budgets des jeweiligen Jahres gedeckt.

Zu Frage 5:

- *Mit welchen NGOs haben Sie die Maßnahmen ausgearbeitet?*

Während des gesamten Erstellungsprozesses wurde sehr auf die Einbindung (Partizipation) der Zivilgesellschaft, insbesondere der Behindertenvertretung geachtet. Das BMASK hat unter anderem zwei ganztägige Arbeits- und Informationstagen zum NAP abgehalten. In der Auftaktveranstaltung im Februar 2011 wurden mit allen wichtigen Akteuren der Behindertenpolitik Zielsetzungen und Maßnahmen für den NAP erarbeitet. In der zweiten Veranstaltung gab es unter anderem ein Forum für Inputs von ExpertInnen und Betroffenen, das intensiv genutzt wurde. Weiters waren Menschen mit Behinderungen auch im Begutachtungsverfahren bereits einbezogen.